

AUSSENANSICHT

Ohrfeigen für Klimapolitik

HERMANN DANNECKER
Diplom-Ingenieur

Die Bilder gehen um die ganze Welt, und das sollen sie auch – Millionen von Schülerinnen und Schülern demonstrieren in Städten rund um den Globus für eine andere Klimapolitik, hunderttausende allein in Deutschland. „Fridays for future“ heißen diese regelmäßigen Proteste inzwischen, und die Frage, ob da nebenbei der Unterricht geschwächt wird, wirkt angesichts des Anliegens der jungen Leute fast kleinkariert.

Denn was erleben wir gerade? Wir sehen, dass diejenigen, welche die in politischer und wirtschaftlicher Verantwortung stehenden Erwachsenen gerne als Gründe ihres Tuns vorschreiben, nämlich die Kinder und Enkel, sich selbstständig machen und äußern! Plötzlich sind es nicht mehr anonyme „nachfolgende Generationen“, die man argumentativ ins Feld führen kann, sondern echte junge Menschen mit Gesichtern und Namen, die genau auf diesem Schlachtfeld stehen und für ihre Zukunft zu kämpfen bereit sind.

Diese Demonstrationen sind Ohrfeigen für alle halbherzigen Klimapolitiker in der ganzen Welt. Ihre Botschaft: „Ihr Erwachsenen vertrittet gar nicht die Interessen Eurer Kinder! Ihr tut nur so und denkt eigentlich erst einmal an Euch selbst!“ Man muss nicht eigene Kinder oder Enkel haben, um sich bei solchen Vorwürfen zu schämen.

Denn die jungen Leute haben ja Recht! Diese Welt wird regiert mit dem Blick auf morgen und dem Denken von gestern. Das alles ist erklärlich, und wahrscheinlich auch normal. Es ist der Lauf der Dinge, dass Menschen altern und sich ihr Blick auf die Welt mit ihrem Alter ändert. Und es ist nicht selbstverständlich, dass Menschen über die Generationen hinweg einander zuhören und miteinander reden, dass nicht die Alten den Jungen deren Leben vorschreiben.

Genau das aber könnten wir jetzt lernen und üben. Die Proteste der Millionen Schülerinnen und Schüler beziehen sich inhaltlich auf die Klimapolitik. Formal aber haben sie das Gespräch mit den heute Mächtigen zum Ziel, mit ihren Eltern und Großeltern. Sie fordern letztlich einen neuen Generationenvertrag.

Jetzt ist es an den Älteren, das zu verstehen und entsprechend zu handeln. Dann würden sie die Welt vielleicht schnell mit anderen Augen sehen – nämlich mit denen der Jüngeren...

AUTORENINFORMATION

Der Autor ist Mitgründer und einer der beiden Vorsitzenden des Deutschen Energieberater-Netzwerks DEN e.V.

Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.



KARIKATUR: MESTER

LEITARTIKEL

Fehlende Solidarität beendet Sophia

SEERETTUNG Italiens Veto verhindert den weiteren Einsatz von Schiffen bei der EU-Mittelmeermission vor der libyschen Küste. Europas Antwort kann nur eine konsequent gemeinschaftliche sein.

DR. DANIELA WEINGÄRTNER
Brüssel-Korrespondentin

Die EU-Mittelmeermission Sophia wird ab April keine Schiffe mehr einsetzen und Schleuserbewegungen nur noch aus der Luft beobachten. Der Beschluss gilt zunächst für sechs Monate, dürfte aber das endgültige Aus für die Seenotrettung unter europäischer Flagge bedeuten. Da sich die Mitgliedsstaaten nach wie vor nicht auf eine gerechte Verteilung der geretteten Menschen einigen können, ist Italiens Einspruch gegen eine Fortführung nachvollziehbar und konsequent.

Schaut man sich den Arbeitsauftrag und die Außenanstellung der 2015 gestarteten EU-Mission genauer an, stößt man rasch auf einen eklatanten Widerspruch. Ihren Namen lieh sich die Operation von einem Baby, das nach einer Rettungsaktion auf einer deutschen Fregatte geboren wurde. Das sollte den humanitären Aspekt herausstreichen.

Die Aufgabenbeschreibung hingegen stellt die Bekämpfung von Schleusern und die Zerstörung ihres Geschäftsmodells an erste Stelle. Deshalb versuchte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini die Regierung ihres Heimatlandes Italien mit dem Argument umzustimmen, auch dank Sophia sei die Zahl der über die zentrale Mittelmeerroute nach Europa gelangenden Flüchtlinge um über 80 Prozent gesunken.

Natürlich wissen sowohl Mogherini als auch die rechtspopulistische Regierung in Rom, dass nicht die im Mittelmeer kreuzenden Schiffe unter europäischer Flagge die Flüchtlinge abschrecken, sondern die brutalen Zustände in libyschen Auffanglagern. Sophia hat, wenn man Augenzeugenberichten und einer Untersuchung des britischen Oberhauses glaubt, eher Magnetwirkung. Wer es in internationale Hoheitsgewässer geschafft hat, kann sich glücklich schätzen, wenn ihn ein europäisches Schiff an Bord holt und sicher in einen italienischen Hafen bringt. Es ist auch dieser Unehrlichkeit und Widersprüchlichkeit geschuldet, dass die Mission nun aufgegeben wird.

Man sollte nicht vergessen, dass es ursprünglich Italien war, das auf eigene Kosten und unter eigener Regie eine Mittelmeermission startete, um das große Sterben vor der eigenen Küste zu beenden. Die Europäer kamen erst zu Hilfe, als die Kosten für das Unternehmen der italienischen Regierung über den

Kopf wuchsen. Es wäre nur konsequent, wenn auch die Belastungen, die aus der Aufnahme und Versorgung der geretteten Menschen entstehen, fair unter allen EU-Mitgliedern aufgeteilt würden. Stattdessen gab es nach jeder Rettungsaktion unwürdiges Geschacher darum, wo die Menschen an Land gehen könnten und wer sie aufnehmen würde.

Man muss kein Freund der italienischen Regierung sein, um anzuerkennen, dass ihr Veto zur Fortführung von Sophia nicht aus heiterem Himmel kommt. Vorangegangen war der wiederholte Appell an die anderen Mitgliedsstaaten, sich bei Rettungsaktionen solidarischer zu verhalten. Mangelnde Bereitschaft dazu ist einer der Gründe, warum Matteo Salvini Lega mit ihren europafeindlichen Sprüchen bei Wahlen einen Erfolg nach dem anderen einfährt.

Europas Antwort kann nur eine konsequent gemeinschaftliche sein. In einer EU ohne Binnengrenzen sind Alleingänge bei Grenzschutz und Flüchtlingspolitik absurd. Wer sich weigert, das anzuerkennen, hat in der Gemeinschaft auf Dauer nichts verloren. Doch das schreibt sich leichter, als es sich umsetzen lässt. Die EU ist durch die in fast allen Mitgliedsstaaten erstarkenden nationalen Bewegungen und die quälende Brexitdebatte in ihrer Substanz so ausgehöhlt, dass sie auf absehbare Zeit nicht die Kraft aufbringen wird, sich von Ländern zu trennen, die die europäische Idee nicht teilen. Stattdessen werden nationale Alleingänge zunehmen. Operation Sophia ist da wohl nur ein Vorgeschmack.

„In einer EU ohne Binnengrenzen sind Alleingänge bei Grenzschutz und Flüchtlingspolitik absurd.“

» EU SETZT SEENOTRETTUNG AUS
Die Berichterstattung zum Leitartikel SEITE 1

PRESSESTIMMEN

Hannoversche Allgemeine

Die Zeitung aus Hannover zur EU-Urheberrechtsreform:

„Youtube lebt prächtig davon, dass seine Nutzer Gratisvideos hochladen. Die Post vom Abmahnanwalt bekam bisher der User. Es ist nur gerecht, künftig die Profiteure in die Pflicht zu nehmen – die über die Furcht, das führe zu „Zensur-Infrastruktur“ durch Vorabfilter nur lachen können: Würde Youtube solche Filter nicht längst nutzen, wäre es voller Pornografie.“

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

„Die Zeiten, in denen Raserunfälle als Fahrlässigkeit bagatellisiert werden konnten, sind vorbei. Zum Glück.“

DIE ZEITUNG AUS HEIDELBERG ZUM RASER-URTEIL VON BERLIN

FINANCIAL TIMES

Die Zeitung aus London zum Nahostkonflikt:

„Donald Trump hat einmal mehr eine rücksichtslose Missachtung internationaler Normen demonstriert, indem er erklärte, die USA sollten Israels Souveränität über die Golanhöhen anerkennen. Damit hat der US-Präsident dafür gesorgt, dass sein prahlerisches Versprechen, für den ultimativen Deal zur Beendigung des arabisch-israelischen Konflikts zu sorgen, noch absurder erscheint.“

the guardian

Die Zeitung aus London zum britischen EU-Austritt:

„Das Chaos ist ein direktes Ergebnis eines Referendums, das die Entscheidung zum Austritt aus der Europäischen Union einem Parlament auferlegte, das sich nicht überlegt hat, was das geschehen soll. Theresa Mays Strategie, die Brexit-Hardliner unter den Tories an Bord zu behalten, hat sich aus gutem Grund als fehlerhaft erwiesen. Die Premierministerin agiert selbstherrlich.“

Mitteldeutsche Zeitung

Die Zeitung aus Halle zum Ende der Zeitemstellung:

„Selten hat etwas die Menschen in Europa derart bewegt, wie die Umstellung der Uhren auf Sommer- und später zurück auf die Normalzeit. Jede Befindlichkeit dazu wurde teilweise ausgetragen wie eine Schlacht. Anhängern langer, heller Sommerabende flogen die Schlafprobleme empfindlicher Menschen um die Ohren. Das Administrative mutierte zur persönlichen Glaubensfrage.“